

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE
für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt
am 20. März 2011

1. Entwurf
der Arbeitsgruppe Wahlprogramm
des Landesvorstandes

1 **Liebe Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts,**

2
3 am 20. März 2011 sind Sie aufgerufen, den Landtag unseres Bundeslandes neu zu wählen.
4 In den vergangenen Jahren haben immer weniger Menschen von ihrem Wahlrecht
5 Gebrauch gemacht. 2006 waren es gerade noch 45 Prozent, die ihre Stimme abgaben.
6 Diese Entwicklung sehen wir mit Sorge, die Gründe dafür sind sicher vielfältig. Vor allem ist
7 die Skepsis gegenüber den politischen Parteien und den demokratischen Strukturen
8 gewachsen. Gleichzeitig engagieren sich viele ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen,
9 leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit, bringen sich ein in lokale und regionale
10 Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Zahlreiche Existenzgründungen der
11 letzten Jahre haben Innovationen hervorgebracht und Arbeitsplätze geschaffen.
12 Hunderttausende Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, in den großen und vielen kleinen
13 Unternehmen erarbeiten tagtäglich die wirtschaftliche und finanzielle Basis für unser
14 Gemeinwesen. Viele andere warten jedoch teils seit Jahren auf eine Chance auf dem
15 Arbeitsmarkt und damit auf wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

16
17 Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns allen dramatisch vor Augen geführt,
18 was geschieht, wenn nicht mehr die demokratischen Institutionen über unsere
19 gemeinsame Zukunft entscheiden, sondern die allmorgendliche Öffnung der Börse den
20 Takt vorgibt. DIE LINKE streitet seit vielen Jahren für die Wiedererlangung des Primats der
21 Politik gegenüber der Ökonomie – und damit um das Gewicht Ihrer Stimme für die
22 gesellschaftlichen Entscheidungen. Abgeordnete und Regierungen sind Ihnen gegenüber
23 rechenschaftspflichtig, sie werden von Ihnen im Amt bestätigt oder abgewählt. Auf die
24 Besetzung der Vorstandsetagen der großen Unternehmen haben Sie jedoch keinen
25 Einfluss. Das, was wir auf der internationalen Bühne erleben mussten, beginnt im Kleinen –
26 hier vor Ort, in den Gemeinden, bei uns im Land. Nicht zuletzt darum geht es auch bei
27 dieser Landtagswahl. Am 20. März 2011 haben Sie die Chance, ein Zeichen zu setzen für
28 mehr demokratische Kontrolle und weniger Markthörigkeit.

29
30 Wahlen sind der Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen über die Arbeit der vergangenen Jahre und vor
31 allem aufzuzeigen, welche Ziele und Vorhaben vor uns liegen. Mit unserem Wahlprogramm
32 unterbreiten wir Ihnen unser landespolitisches Angebot. Wir wissen, ein grundsätzlicher
33 Wandel in der Politik ist dringend notwendig: soziale Gerechtigkeit, demokratische
34 Mitbestimmung und eine friedliche Außenpolitik bedürfen auch einer Richtungsänderung
35 auf der Bundesebene. Dafür streitet DIE LINKE. Dafür haben Sie uns bei der letzten
36 Bundestagswahl zur stärksten Partei in Sachsen-Anhalt gemacht. Für uns ist dieses Votum
37 Auftrag und Verpflichtung. Die Überwindung der entwürdigenden Hartz-Gesetze, die
38 Verankerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes, der Kampf gegen die
39 Rente ab 67 und das Engagement für eine friedliche Außenpolitik bleiben für uns
40 unabdingbar. Am 20. März 2011 geht es um beides. Es geht um eine sozial gerechtere
41 Politik hier in Sachsen-Anhalt, und es geht gleichermaßen darum, dass wir eine
42 Landesregierung bekommen, die endlich engagiert die Interessen der Menschen in
43 unserem Land auf der Bundesebene vertritt.

44
45 Wir als LINKE wollen ein Sachsen-Anhalt für alle. Keiner darf zurückgelassen, keine Region
46 darf abgehängt werden. Wir wollen eine Stärkung des Öffentlichen, wo andere den
47 schlanken Staat predigen. Wir wollen, dass allen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht
48 wird. Ob es die hohen Barrieren beim Zugang zu Bildungs- oder Kulturangeboten betrifft,

49 ob es um die Sicherung der Mobilität für Jung und Alt geht oder um gute Löhne für gute
50 Arbeit – all das ist entscheidend dafür, wie gerecht die Chancen für den persönlichen
51 Lebensweg verteilt sind. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der
52 Menschen an, ohne auf haltlose Versprechen zu setzen. Chancengleichheit und mehr
53 soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und die Sicherung der öffentlichen
54 Daseinsvorsorge sind für DIE LINKE die Gradmesser politischen Handelns. Daran haben wir
55 uns auch bei der Formulierung unserer wichtigsten Vorhaben für die nächsten fünf Jahre
56 orientiert. Es geht uns um:

57

- 58 - die Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung in
59 den Kitas für alle Kinder, denn auf den Anfang kommt es an,
- 60 - die Beendigung der sozialen Auslese im Bildungssystem durch längeres
61 gemeinsames Lernen und um die individuelle Förderung jedes Kindes - in
62 einem ersten Schritt zu diesem Ziel wollen wir vor allem die
63 Sekundarschulen stärken,
- 64 - ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in den
65 Kindertagesstätten und Grundschulen, weil dies für viele Familien bisher
66 nicht leistbar ist,
- 67 - den Abbau von Schranken beim Zugang zu den Hochschulen unseres
68 Landes, denn unser Land braucht viele kluge Köpfe und auch höchste
69 Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen,
- 70 - die Zielstellung umfassender Barrierefreiheit, weil dies ein wichtiger Schritt
71 zur Teilhabe gerade älterer oder behinderter Menschen ist, dafür muss auch
72 die Landesbauordnung geändert werden,
- 73 - starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden, weil dort hautnah und
74 unmittelbar über den Lebensalltag aller entschieden wird,
- 75 - eine solidarische Finanzierung unserer zahlreichen überregional
76 bedeutenden Kultureinrichtungen, denn sie sind ein beachtliches Pfund
77 unseres Landes und ermöglichen Bildung für jede und jeden außerhalb von
78 Schule oder Universität,
- 79 - die Sicherung sozial gerechter Mobilität, denn alle, ob jung oder alt, ob mit
80 oder ohne Auto, haben ein Recht, Bildungs-, Kultur- oder
81 Dienstleistungsangebote erreichen zu können,
- 82 - gutes und sicheres Wohnen für alle, weil wir diesen wichtigen Bereich nicht
83 dem freien Spiel der Marktkräfte ausliefern dürfen,
- 84 - einen öffentlichen Dienst, der eine Zukunft hat, jungen Menschen eine
85 Perspektive bietet und als wichtigste Säule notwendiger Dienstleistungen
86 leistungsfähig bleibt,
- 87 - eine zukunftsfähige Standortförderung statt Wirtschaftsförderung mit der
88 Gießkanne, denn für uns steht im Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik die
89 Stärkung des Standortes und nicht der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen
90 Unternehmens,
- 91 - eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne, damit die öffentliche Hand
92 durch ihre Auftragsvergabe nicht weiter Lohndumping unterstützt,
- 93 - den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der im
94 Gegensatz zur Bürgerarbeit einen wirklichen Ausweg aus Hartz IV bietet,
95 und in dem gleichzeitig wichtige Arbeit geleistet werden kann,

- 96 - den Vorrang für erneuerbare Energien und Klimaschutz, denn ökologisches
97 Handeln ist nicht nur eine Sache von Klimagipfeln, sondern muss vor Ort
98 beginnen,
99 - die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume durch die Stärkung der
100 Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler
101 Wirtschafts- und Stoffkreisläufe,
102 - den Schutz der Bürgerrechte, ohne die öffentliche Sicherheit zu
103 vernachlässigen, denn beides ist kein Widerspruch sondern gehört
104 zusammen,
105 - sowie die Aufhebung der Residenzpflicht und die Abkehr von
106 Sammelunterkünften für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten, denn
107 es geht um Integration statt Ausgrenzung.
108

109 Machen Sie sich Ihr eigenes Bild. Mit unseren Vorschlägen und Konzepten wollen wir in
110 den kommenden Monaten Verlässlichkeit unter Beweis stellen, neues Vertrauen in Politik
111 aufbauen und mit glaubwürdigen Angeboten Menschen gewinnen und motivieren, sich in
112 gesellschaftliche Entscheidungen einzubringen und sich für ihre Interessen zu engagieren.
113

114 Veränderung braucht Beteiligung. Wir setzen auf Ihr Engagement!

115 Umsteuern auf Bundesebene notwendig

116
117 Auch wenn die Rahmenbedingungen für landespolitische Entscheidungen derzeit nicht zum
118 Besten stehen – wenn der politische Wille vorhanden ist und handlungsfähige Mehrheiten
119 gefunden werden, ist vieles machbar. Dennoch: Langfristig sind Länder und Kommunen auf
120 einen Richtungswechsel im Bund angewiesen.

121
122 - Die öffentlichen Haushalte stoßen seit Jahren an ihre Grenzen.
123 Steuererleichterungen für Bestverdienende und die großen DAX-
124 Unternehmen haben finanzielle Löcher gerissen, die durch Einsparungen
125 nicht zu schließen sind und die Sicherung der notwendigen Aufgaben
126 zunehmend erschweren. Das gleichzeitig beschlossene Schuldenverbot
127 klingt zwar gut, ist aber derzeit nur mit weiteren drastischen Kürzungen im
128 Sozial- und Bildungsbereich durchsetzbar. DIE LINKE lehnt diese Politik
129 entschieden ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine Politik für mehr soziale
130 Gerechtigkeit und Teilhabe aller langfristig nur mit höheren Einnahmen der
131 öffentlichen Hand zu machen sind. Unsere Vorstellungen dafür liegen auf
132 dem Tisch. Eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften
133 und Börsengeschäften sowie eine gerechte Reform der Einkommensteuer
134 sind keine linken Utopien, sondern ein Gebot der Vernunft. Gleichzeitig geht
135 es uns um eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder
136 und Kommunen.

137
138 - Landespolitik ist gefordert, die für viele Menschen immer belastenderen
139 Auswirkungen des Sozialabbaus der Bundesregierung mindestens zu
140 mildern. Eine bedarfsgerechte Grundsicherung statt Hartz IV, eine
141 armutsfeste Rente statt realer Rentenkürzungen oder eine gerechte
142 Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege statt Kopfpauschale können
143 jedoch nur durch eine andere Politik auf Bundesebene realisiert werden.

144
145 - Bildung ist in der Bundesrepublik Ländersache. Wir sperren uns als LINKE
146 nicht dagegen, denn je näher Entscheidungen an den Bedingungen vor Ort
147 getroffen werden, desto konkreter kann Politik reagieren und ist
148 Bürgerbeteiligung möglich. Darum plädieren wir auch für eine stärkere
149 Verantwortung der Kommunen in diesem Bereich. Jedoch darf sich der Bund
150 nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Das mit der Föderalismusreform
151 beschlossene Verbot der Kooperation von Ländern und Bund in
152 Bildungsfragen lehnen wir ab. Es verhindert gemeinsame Anstrengungen
153 und lässt die Länder auf den finanziellen Aufwendungen für Bildung sitzen.
154 Wir wollen eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern in differenzierten
155 Programmen durchsetzen. Darüber hinaus halten wir einen
156 Bildungsfinanzausgleich, der die Bildungsfinanzierung zwischen Bund und
157 Ländern gerechter regelt, für unverzichtbar. Zugleich streben wir auf der
158 Bundesebene eine Reform der Ausbildungsförderung an.

159
160 - Jahrelang hat sich die Bundesrepublik als Exportweltmeister gefeiert.
161 Vernachlässigt wurde aber in sträflicher Weise die Binnenkonjunktur, von
162 der schließlich die meisten Arbeitsplätze abhängen. Ständige

163 Lohnkürzungen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der schlecht
164 bezahlten Leiharbeit haben die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger
165 abgewürgt. Leidtragende waren nicht zuletzt die vielen kleinen und
166 mittelständischen Unternehmen und Einzelhändler hier vor Ort, weil
167 Aufträge aufgrund des sinkenden Einkommensniveaus ausblieben. Dazu
168 kommt, dass sich der Staat zunehmend als wichtiger Investor zurückzog.
169 DIE LINKE hält diese Entwicklung sozial- und vor allem auch
170 wirtschaftspolitisch für fatal. Wir wollen den Niedriglohnsektor durch die
171 Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und die
172 strenge Begrenzung von Leiharbeit austrocknen. Es ist nicht hinnehmbar,
173 dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, nicht in Würde von ihrer Hände Arbeit
174 leben können und stattdessen als so genannte Aufstocker zum Amt
175 müssen. Seit langem fordert DIE LINKE zudem ein bundesweites
176 öffentliches Investitionsprogramm, um die Binnenkonjunktur zu beleben und
177 zusätzliche Aufträge auszulösen.

178
179 - Im Herbst 2009 wurden auf deutschen Befehl nahe Kunduz mindestens 140
180 Zivilisten getötet. Krieg scheint wieder ein akzeptiertes Mittel der Politik zu
181 werden, nicht nur in Afghanistan. DIE LINKE ist konsequente Friedenspartei
182 und fordert die sofortige Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr.
183 Alle Umfragen bestätigen: Die Mehrheit der Menschen teilt dieses Ziel.
184 Dennoch entscheiden die regierenden Parteien immer wieder aufs Neue
185 entgegengesetzt. Wir unterstützen lokale Initiativen, ob gegen den
186 Gefechtsübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide oder die militärische
187 Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle, gegen eine Militarisierung der
188 Außenpolitik und für ein beharrliches deutsches Friedensengagement, und
189 fordern eine grundlegende Kurskorrektur der Bundesregierung.

190
191 Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um in Sachsen-Anhalt eine Politik für mehr soziale
192 Gerechtigkeit, wirtschaftliche und ökologische Vernunft und demokratische
193 Mitbestimmung zu gestalten. Dafür wollen wir Mehrheiten gewinnen und die nächste
194 Landesregierung führen. Sachsen-Anhalt braucht eine Landesregierung, die im Bundesrat
195 eine starke Stimme für einen bundesweiten Politikwechsel ist.

196 Chancen nutzen – 197 das Land gestalten

198
199

200 Sachsen-Anhalt hat große Chancen und Potenziale, zuallererst sind dies die Menschen, die
201 hier leben. Darauf setzen wir, auf ihre Erfahrungen und Fähigkeiten. Seit 1990 haben wir
202 gemeinsam in Sachsen-Anhalt vieles geschafft, schwierige Veränderungen bewältigt, neue
203 Impulse wie in den erneuerbaren Energien gegeben oder erfolgreich an langen Traditionen
204 wie der chemischen Industrie angeknüpft. Unsere Hochschulen und Institute können
205 Motor sein für die Entwicklung unseres Bundeslandes. Und schließlich: Sachsen-Anhalt ist
206 eine reichhaltige Kulturregion.

207

208 Gleichermaßen wissen wir: Viele Menschen haben mittlerweile resigniert. Viele wurden seit
209 Jahren aufgrund ihrer schwierigen sozialen Situation und fortdauernder Arbeitslosigkeit an
210 den Rand der Gesellschaft gedrängt. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu
211 Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik der letzten Jahre. Demografischer
212 Wandel und abnehmende Bevölkerungszahlen stellen gerade die ländlichen Regionen des
213 Landes vor schwierige Herausforderungen. Potenziale liegen brach, weil Barrieren beim
214 Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen davon
215 abhalten, ein selbst bestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und ihre
216 Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für Sachsen-Anhalt.

217

218 Seit 2007 tagte der vom Landtag eingesetzte Bildungskonvent. Nach Jahren wechselnder
219 bildungspolitischer Richtungen bestand im Land das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen
220 Verständigung über einen gesellschaftlich breit getragenen Weg zu besserer Bildung in Kita
221 und Schule in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE hat sich in diesen Bildungskonvent sachlich und
222 engagiert eingebracht. Wir haben als LINKE in vielen Positionen Bestätigung gefunden: bei
223 der Ermöglichung frühkindlicher Bildung für alle Kinder sowie der Stärkung und weiteren
224 Profilierung der Sekundarschulen. Dass es gelungen ist, über viele Bereiche und
225 Interessengruppen hinweg gerade auch in strittigen Fragen einen Kompromiss zu finden,
226 schätzen wir nicht gering. Daran gilt es ab 2011 anzuknüpfen. Weitergehend werben wir
227 prinzipiell für das längere gemeinsame Lernen aller Kinder. Klar ist schon heute: mehr
228 Chancengleichheit in der Bildung – das ist ein Ziel, dem sich die große Mehrheit
229 verpflichtet fühlt.

230

231 Kinderarmut hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Fast ein Drittel aller Kinder
232 unter 15 Jahren und 16 Prozent aller jungen Menschen von 15 bis 25 Jahren leben in
233 Sachsen-Anhalt von Hartz IV. In Halle leben 38 Prozent der Kinder in
234 Bedarfsgemeinschaften, in Magdeburg sind es 35 Prozent. Im Salzlandkreis ist jeder fünfte
235 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren Hartz IV-Empfänger. Insgesamt liegt die
236 Armutsquote in Sachsen-Anhalt seit Jahren über dem Durchschnitt der ostdeutschen
237 Bundesländer. Armut im Alter aufgrund dauerhaft niedriger Einkommen und dadurch
238 geringer Rentenansprüche ist schon heute vorprogrammiert. Bereits jetzt müssen sich
239 60.000 Menschen über 60 Jahre im Niedriglohnsektor zusätzlich verdienen, um trotz Rente
240 oder Altersruhegeld ihr Überleben zu sichern.

241

242 Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren eine widersprüchliche Entwicklung genommen.
243 Auf der einen Seite haben sich durch den engagierten Einsatz von Investoren,
244 Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die
245 wirtschaftlichen Daten im Trend der neuen Bundesländer bewegt. Die Zahl der
246 Beschäftigten im Land ist seit 2000 trotz Bevölkerungsrückganges annähernd konstant. In
247 den letzten Jahren sind neue Branchen, wie erneuerbare Energien oder Verbundwerkstoffe,
248 entstanden, andere wie die Automobilzulieferer oder die Land- und Ernährungswirtschaft
249 konnten sich stabilisieren. Die ansonsten als Nachteil empfundene Kleinteiligkeit der
250 Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und der unterdurchschnittliche Anteil am Export half
251 vorübergehend den klein- und mittelständischen Unternehmen in der Bewältigung der
252 Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten beiden Jahre.

253

254 Auf der anderen Seite: Erfolgsmeldungen der Landesregierung in den letzten Jahren zeigen
255 nur die halbe Wahrheit. Wer geringe Lohnstückkosten als Standortvorteil preist vergisst,
256 dass sich das Einkommensniveau in Sachsen-Anhalt im unteren Bereich bewegt. Im Land
257 gibt es rund eine Million Arbeitsplätze, aber nur 60 Prozent davon sind unbefristete und
258 sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze, 250.000 sind nicht
259 versicherungspflichtig. 77.000 Beschäftigte sind zur Sicherung ihrer Existenz zusätzlich auf
260 staatliche Leistungen angewiesen. Seit Jahren wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit
261 gepriesen. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen bleibt jedoch ungebrochen hoch. Bei
262 prekären Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit hat Sachsen-Anhalt einen
263 unrühmlichen Spitzenplatz eingenommen.

264

265 Beklagt wird der Fachkräftemangel, andererseits wurde aktuell nur der Hälfte der
266 Auszubildenden ein Arbeitsplatz im Ausbildungsbetrieb angeboten. Jungen Leuten fehlen in
267 Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze, die ihnen und ihren Familien eine planbare Perspektive, ein
268 ordentliches Einkommen und Karrierechancen bieten.

269

270 Nach fast einem Jahrzehnt CDU-geführter Landesregierungen ist es höchste Zeit für den
271 Neubeginn. Die Koalition aus CDU und SPD ist kaum mehr als ein Zweckbündnis, aktive
272 Gestaltung von Politik findet nicht statt, das Land wird schlicht verwaltet. Differenzen
273 innerhalb der Koalition lähmen, wo zupackende Entscheidungen gefragt sind. Das wird den
274 Erwartungen an Politik und den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

275 I. Bildung und soziale Chancengleichheit – Bildung wirkt!

276

277

278

Das Recht auf frühkindliche Bildung für jedes Kind

279

280 Bildungsangebote in der frühen Kindheit sind ein wichtiges Fundament für die gesamte
281 Bildungsbiografie und damit für die Chancen auf ein selbst bestimmtes, erfülltes Leben,
282 eine erfolgreiche Erwerbskarriere und für die Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt. DIE
283 LINKE sieht auch für die Jüngsten erhebliche Potenziale im Lernen und Spielen mit anderen
284 Kindern. Jedes Kind kann hier vielfältige Impulse empfangen, um Neues zu entdecken und
285 soziales Verhalten zu erlernen. Wenn Kinder in Gruppen unter professioneller Anregung
286 zusammen sein können, ist das nicht schlechthin ein Ersatz für elterliche Erziehung und
287 Bildung, sondern eine unverzichtbare Ergänzung.

288

289 Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen müssen, die
290 von Problemen, von Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt werden.
291 Allein in Magdeburg sind derzeit etwa 55 Prozent der Neugeborenen Kinder, die in so
292 genannten Bedarfsgemeinschaften leben müssen. Dass gerade für sie die Möglichkeiten
293 und Chancen zur Teilnahme an Angeboten der Kinderbetreuung, Förderung und Bildung
294 eingeschränkt sind, weil Mutter oder Vater keine Arbeit finden, ist nicht hinnehmbar.
295 Während die Gebühren in öffentlichen Kindereinrichtungen für diese Kinder meist durch
296 die Jugendhilfe gewährt werden, werden ihre Bildungschancen auf maximal fünf Stunden
297 beschnitten. Eine Einschränkung, die in nicht wenigen Fällen fatale Folgen hat, die
298 entweder in den nachfolgenden Bildungsgängen nur mit großer Mühe und mit erheblichem
299 Aufwand ausgeglichen werden können oder die auf lange Sicht Lebensperspektiven
300 eingrenzen. Armut und niedrige Bildung laufen so Gefahr, vererbt zu werden. Der Aufstieg
301 aus prekären Verhältnissen wird immer schwieriger.

302

303 Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden - und das schon am Anfang der
304 Entwicklungs- und Bildungsbiografie. Deshalb tritt DIE LINKE nachdrücklich dafür ein, dass
305 jedes Kind das Recht hat, alle Angebote der Kindereinrichtung zu nutzen. Um dieses Ziel zu
306 erreichen, werden wir die Kindereinrichtungen so fördern, dass sie die personellen
307 Voraussetzungen schaffen können, für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, einen
308 Ganztagsplatz in ausreichender Qualität vorzuhalten. Es geht nicht nur um ein verlängertes
309 Aufenthaltsrecht - es geht um interessantere Spielangebote, anregende Erlebnisse im
310 kulturellen und musischen, technischen, naturwissenschaftlichen, im sportlichen und in
311 anderen Bereichen. Es geht um hinwendungsvolle Betreuung und allseitige Förderung,
312 insbesondere im Gebrauch der Sprache.

313

314 Wir halten es auch nicht für vertretbar, dass darüber hinaus Kinder nicht die
315 Kindertagesstätte in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung, in ihrem Dorf, in ihrem Kiez
316 nutzen können, weil sie eine Behinderung haben und deshalb die wenigen, oft entfernten
317 Einrichtungen aufsuchen müssen, die die erforderliche Barrierefreiheit und die adäquate
318 Fachbetreuung und -förderung vorhalten können. Es ist gewiss ein gewichtiger Fortschritt,
319 dass alle diese Einrichtungen Kinder mit und ohne Behinderung besuchen können. Aber es
320 sind zu wenige. Es ist unser längerfristiges Ziel, in jeder Kindereinrichtung, qualifizierte
321 Voraussetzungen zur inklusiven Betreuung, Förderung und Bildung zu schaffen.

322

323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370

**Sekundarschulen stärken –
auf dem Weg zu längerem gemeinsamen Lernen**

Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu anspruchsvollen Bildungsangeboten verwehrt. Viel zu früh werden sie sortiert und auf ein Bildungsgleis gesetzt, was die künftige Richtung ihres Bildungsweges bestimmt. Entfaltungsmöglichkeiten werden ausgebremst. Längeres gemeinsames Lernen heißt für uns, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu vielfältigen Bildungsangeboten haben, dass alle Kinder und Jugendlichen sich optimal und uneingeschränkt entwickeln können, dass sie mit- und voneinander lernen und dass sich Konfliktfähigkeit und ein soziales Miteinander entwickeln können.

Wir wollen unverzüglich damit beginnen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen und nachhaltige Entwicklungsprozesse einzuleiten. Die bestehenden Defizite im Schulwesen dulden keinen Aufschub.

Die Grundschule als bewährte Schulform wollen wir erhalten und weiterentwickeln. In ihr sollen alle Kinder gemeinsam lernen; eine Empfehlung zum Besuch von Förderschulen soll nur noch in besonderen Fällen ausgesprochen werden.

Mit Hilfe umfassender Beratung durch die Lehrerinnen und Lehrer sollen Eltern und Kinder selbst über die Wahl der weiterführenden Schule entscheiden.

Vor allem die Sekundarschulen wollen wir durch eine spürbare Qualitätsentwicklung der Bildungsangebote stärken. Polytechnische und naturwissenschaftliche Lernfelder sollen auch mit Blick auf eine künftige berufliche Ausbildung ausgeprägt werden. Das Lernniveau muss sich für alle mindestens am Ziel des Realschulabschlusses orientieren, den deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen erreichen sollen. Darüber hinaus wollen wir an allen Sekundarschulen in den Schuljahrgängen 5 bis 9 schrittweise gymnasiale Angebote schaffen. Man soll sich darauf verlassen können: auch wenn ich die Sekundarschule am Ort wähle, steht mir der direkte Weg zum Abitur offen.

Die Gymnasien müssen sich ebenfalls ändern. Ein „Abschulen“ nach formalen Leistungskriterien an Sekundarschulen soll es nicht mehr geben. Alle Schülerinnen und Schüler sollen auch in dieser Schulform angenommen werden und individuelle Förderung erwarten können. Die in dieser Schulform in den letzten Jahren sträflich vernachlässigte technische Bildung wollen wir aufwerten.

An Gymnasien sollen alle Abschlüsse vergeben werden.

Auf diesem Weg sollen Sekundarschulen eine attraktive Alternative zu den Gymnasien werden, beide Schulformen sollen sich zu gleichwertigen Bildungsangeboten in den Klassenstufen fünf bis neun entwickeln.

Die Ergebnisse des Bildungskonvents veranlassen uns, dem Landtag in der nächsten Legislatur vorzuschlagen, erneut ein repräsentatives bildungspolitisches Gremium zu berufen, das in der demokratischen Tradition der Runden Tische die Schulreform begleitet. Wir verstehen Schulreform als ein lernendes System, in dem Eltern, Pädagogen und Schüler eingeladen sind, mit zu gestalten, mit zu diskutieren und mit zu entscheiden.

371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418

**Für ein gesundes und bezahlbares Mittagessen
für alle Kinder in Kita und Grundschule**

Eine hohe und immer noch steigende Zahl von Kindern muss in Sachsen-Anhalt unter schwierigen materiellen und finanziellen Bedingungen aufwachsen - sei es, weil ihre Eltern den Lebensunterhalt von Transferleistungen bestreiten müssen, im Niedriglohnsektor arbeiten oder ihr Budget durch andere Belastungen stark geschmälert ist. Alle wissen, dass diese Kinder oft ohne Frühstücksbrot in die Schule oder den Kindergarten kommen und dort kein warmes Mittagessen bezahlen können. Wen Hunger quält, der kann nicht unbeschwert lernen und spielen. Und wer nicht mit am gemeinsamen Mittagstisch mit den Klassenkameradinnen und -kameraden oder den Spielgefährtinnen und -gefährten Platz nehmen darf, der oder die gehört auch nicht richtig dazu. Mancherorts kommt dieser gemeinsame Mittagstisch schon gar nicht mehr zustande, weil der Preis für das Essen von vielen nicht mehr gezahlt oder die Zeit zu knapp wird, um noch in Ruhe zu essen.

DIE LINKE tritt für ein Förderprogramm des Landes ein, das allen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe - bemessen an der Gesamtzahl der in Kindereinrichtungen und Grundschulen betreuten und lernenden Kinder - Mittel zur Verfügung stellt. Damit soll für bedürftige Kinder ein gesundes warmes Mittagessen zur Verfügung gestellt werden, das den Preis von 1 Euro nicht übersteigt. Die Träger der Kindereinrichtungen und Grundschulen sollen gleichzeitig dafür werben, dass wieder mehr Kinder am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen, und dafür angemessene Bedingungen schaffen.

**Förderung und Integration
in Schule und Berufsausbildung verbessern**

An den Schulen sollen die Lernprozesse so gestaltet werden, dass sie alle Kinder erreichen und alle ihre Fähigkeiten und Talente sowie besondere Begabungen gefördert werden. Damit werden sich auch die Voraussetzungen verbessern, Jungen und Mädchen wirkungsvoller als bisher differenziert zu fördern. Die spezifischen Potentiale der Jungen und Mädchen beim Lernen müssen analysiert und erschlossen, tradierte Geschlechterstereotype, auch bei der Berufsorientierung und Berufsberatung, in Frage gestellt und Benachteiligungen konsequent überwunden werden. Vor allem der Entwicklung der Jungen gebührt größere Aufmerksamkeit.

Schritt für Schritt wollen wir die UNO-Resolution über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen. In der kommenden Wahlperiode werden wir unsere Anstrengungen darauf richten, die personellen Voraussetzungen für die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen zu schaffen bzw. auszubauen.

Die vorhandenen Kompetenzen und die Ressourcen der Förderschulen sollen in immer stärkerem Umfang vor allem für die Regelschule nutzbar werden. Alle Schulen - Regelschulen und Förderschulen - sollen in regionalen Netzwerken verbunden sein, in die Kindertagesstätten und andere Bildungseinrichtungen einbezogen werden können.

419

420 In der beruflichen Bildung setzen wir uns - auch angesichts der absehbaren
421 demografischen und sozialen Entwicklung - zur Förderung benachteiligter Jugendlicher für
422 effektivere Ausbildungsformen, die systematisch mit der betrieblichen Praxis verbunden
423 sind, ein.

424

425 Das bestehende Netz der Berufsausbildungsstätten soll für Aufgaben der beruflichen Aus-
426 und Weiterbildung weitgehend erhalten bleiben. Das erfordert Profilbildung, regionale und
427 überregionale Koordinierung und den Ausbau von Kooperationen. Berufsbildende Schulen
428 sollen einen wachsenden Beitrag zur Entwicklung polytechnischer Angebote vor allem an
429 den Sekundarschulen leisten.

430

431

432

Studieren ohne Barrieren – Innovationsfähigkeit ausbauen

433

434

435 Sachsen-Anhalt braucht kluge Köpfe. Bildung ermöglicht jungen Menschen ein selbst
436 bestimmtes Leben und die Teilhabe an Arbeit, an Demokratie, an Kultur und Kunst und
437 allem anderen, was die Gesellschaft zu bieten hat. Deshalb wollen wir, dass die Zugänge zu
438 akademischer Bildung für immer mehr junge Menschen eröffnet werden. Zugleich wollen
439 wir Barrieren, die am Studieren hindern, Schritt für Schritt abbauen. Vor allem junge
440 Menschen aus den weniger gut betuchten Familien wollen wir für ein Studium gewinnen.
441 Studiengebühren wird es deshalb mit uns nicht geben. Auch Gebühren, die bereits jetzt für
442 viele Studierende eine hohe soziale Hürde sind, das Studium erfolgreich und zügig zu
443 absolvieren, wollen wir schrittweise abschaffen. Zusätzliche Aufnahmekriterien im
444 Hochschulgesetz sollen entfallen.

445

446 Derzeit sind die Hochschulen in Sachsen-Anhalt unterfinanziert. Damit wird der Zugang zu
447 hoher Bildung erschwert und die Erfüllung unverzichtbarer Aufgaben der Hochschulen
448 gefährdet. Streichungen an den Hochschulbudgets kann es unter den derzeitigen
449 Bedingungen nicht geben.

450

451 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Studierenden mit
452 Bachelorabschluss ihr Studium in einem Masterstudiengang fortsetzen können.
453 Erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen muss der Weg zur
454 Promotion besser als bisher eröffnet, Benachteiligungen müssen überwunden werden.
455 Studieren heißt auch mitzugestalten und mitzubestimmen. Grundsätzliche Fragen über die
456 Entwicklung und die Profilbildung an den Hochschulen sollen durch die demokratisch
457 gewählten Gremien beraten und entschieden werden. Lehre und Forschung sollen
458 familienfreundlich und sensibel für die unterschiedlichen Lebenslagen von Studierenden,
459 von MitarbeiterInnen und von HochschullehrerInnen gestaltet werden – für das Studieren
460 mit Kindern, für das Leben mit Behinderungen oder für finanzielle Notsituationen.

461

462 Hochschulen und Forschungsinstitute leisten einen entscheidenden Beitrag zur
463 Entwicklung der Wissenschaft, zu Innovation, sozialer Stabilität und sozialem Fortschritt.
464 Wir wollen, dass in Sachsen-Anhalt „Wissen“ mehr qualifizierte, dauerhafte Arbeitsplätze
465 schafft, die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung stärkt,
466 Kultur und Wissenschaft pflegt und bereichert sowie Demokratie und Weltoffenheit im

467 Land fördert. Das schließt den gesellschaftlichen Diskurs über den verantwortungsvollen
468 Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und das Betreiben von Risikoforschung ein.
469 Die Innovationspolitik des Landes ist auf die Stärkung der Forschungs- und
470 Entwicklungspotenziale in den Unternehmen zu richten. Die erreichte
471 Technologieführerschaft auf den Gebieten der regenerativen Energien, der Entwicklung
472 neuartiger Chemie- und Kunststoffe u. a. bestimmen wesentlich die wirtschaftliche
473 Leistungsfähigkeit des Landes. Die Hochschulen müssen noch besser in die Lage versetzt
474 werden, Wissenstransfer und weitere Kooperationsbeziehungen mit der Wirtschaft
475 bedarfsgerecht und mit hohem Gewinn für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zu
476 gestalten. Die Stärkung des Innovationspotenzials des Landes erfordert den Ausbau des
477 Sektors der wissenschafts- und forschungsorientierten Unternehmen und der
478 Serviceunternehmen für Technologietransfer, Beratung und Qualifikation. Hier tragen auch
479 die Unternehmen des Landes eine Mitverantwortung.

480

481

482

Voraussetzungen für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt schaffen

483

484

485 Die Zahl der Menschen, die vielfältige Barrieren im persönlichen wie gesellschaftlichen, im
486 kulturellen und wirtschaftlichen Leben nicht oder nur mit großer Mühe überwinden
487 können, nimmt zu. Längst sind es nicht mehr nur Menschen mit Behinderungen, die an
488 erhebliche Hürden geraten, auch die zunehmende Gruppe der älteren Bürgerinnen und
489 Bürger, die Gruppe der chronisch Kranken brauchen allseitige Barrierefreiheit. Eine sinnvoll
490 barrierefrei gestaltete Umwelt macht für alle das Leben angenehmer und leichter, nicht
491 zuletzt auch für die Kinder. Barrierefreiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung, allen
492 Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft, an demokratischen Entscheidungen, an Kultur,
493 Bildung und Information zu ermöglichen und ihnen gleiche Chancen zu gewähren, ihr
494 Leben selbst bestimmt zu gestalten. Zugleich kann die Gesellschaft auf die Kreativität, das
495 Engagement der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen und chronischen
496 Erkrankungen, auf die vielfältigen Impulse, die von ihnen ausgehen, nicht verzichten.

497

498 DIE LINKE setzt sich daher entschieden dafür ein, in Sachsen-Anhalt die UNO-Konvention
499 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Eine Schlüsselfrage sehen
500 wir in der sogenannten Zugänglichkeit. Es ist erforderlich, dass auch gehandicapte
501 Menschen Gebäude besuchen, Beförderungsmittel, Straßen und andere öffentliche
502 Einrichtungen weitgehend gefahrlos nutzen können. Barrierefreiheit geht aber weit darüber
503 hinaus, sie schließt Kommunikation und Information ein.

504

505 Wir werden dafür sorgen, dass die Ausnahmeregelungen in der Landesbauordnung, die es
506 immer noch erlauben, von den Grundsätzen der Barrierefreiheit beim Bau in Sachsen-
507 Anhalt abzuweichen, deutlich eingeschränkt werden. Verstöße dagegen sind genauso mit
508 Sanktionen zu ahnden, wie Verstöße z.B. gegen den Brandschutz. Insbesondere dort, wo
509 Investitionen mit öffentlichen Fördermitteln getätigt werden, vor allem beim Neu- und
510 Umbau öffentlicher Einrichtungen und im allgemeinen Wohnungsbau, muss Barrierefreiheit
511 zwingend durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus: Je selbstverständlicher und früher
512 die Belange der Barrierefreiheit von vornherein bedacht werden, umso weniger zusätzliche
513 Kosten entstehen. Schrittweise wollen wir das Ziel erreichen, dass alle öffentlichen
514 Gebäude wirklich für alle zugänglich sind.

515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551

**Armut und Ungerechtigkeit verhindern -
Sozialziele vereinbaren**

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Der Anteil von Familien, die in finanziellen Notlagen leben, ist in Sachsen-Anhalt sehr viel höher als in vielen anderen Bundesländern. Ihr Alltag ist deshalb mit vielfältigen und schwerwiegenden Konflikten belastet. Oftmals leiden Kinder unter solchen Lebensbedingungen. Viele der Betroffenen suchen und finden die vielfältigen Angebote sozialer Dienstleistungen und Beratungsstellen. Diese soziale Daseinsvorsorge darf in ihrem Bestand nicht gefährdet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die finanzielle Förderung vieler ehrenamtlicher und professioneller Beratungen auch in Zukunft gewährleistet wird. Es geht uns darum, die kommunale Sozialpolitik in die Lage zu versetzen, entsprechend des Bedarfes vor Ort ein zuverlässiges Netz von Beratungsstellen so zu fördern, dass Synergieeffekte und Vernetzungen unter den Akteurinnen und Akteuren entstehen.

Moderne linke Sozialpolitik muss sich messen lassen an konkreter Verbesserung der sozialen Lage von Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb wollen wir in einem Prozess der Aushandlung im Rahmen einer Landessozialkonferenz mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und engagierten Vereinen und Verbänden Sozialziele für Sachsen-Anhalt erarbeiten. Solche Ziele sollen am Ende einer Legislaturperiode die Möglichkeit eröffnen, Auskunft darüber geben, wie es gelungen ist, die Teilhabe an Bildung und sozialen Angeboten – vor allem für Kinder und Jugendliche – zu verbessern, und offenbaren, was getan werden muss, um ihre Entwicklungschancen weiter zu fördern.

Ärztlemangel macht sich zunehmend sowohl in Krankenhäusern als auch in der ambulanten Betreuung bemerkbar. Lange Wege und lange Wartezeiten sind längst keine Seltenheit mehr – gerade in den dünn besiedelten Regionen unseres Landes. Hier unterstützen wir die laufenden Bemühungen der Selbstverwaltung von Kassen und Ärzten zur besseren Versorgung des ländlichen Raumes, z. B. durch Filialpraxen, den Einsatz mobiler Praxisassistentinnen und Praxisassistenten oder die Schaffung poliklinischer Strukturen. Bezogen auf die Krankenhauslandschaft stehen wir für eine wirtschaftlich vernünftige Verteilung von Basis- und Spezialversorgung, mit der für die ambulante Versorgung vor allem im fachärztlichen Bereich Kooperationspunkte geschaffen werden sollen.

552 II. Soziale Verantwortung beginnt vor Ort – Städte und 553 Gemeinden stärken – Keine Region abhängen

554

555

556

557

558

Für starke Kommunen – Mitwirkungsrechte verbessern

559

560

561

562

563

564

565

566

Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind Ausgangspunkt unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie bilden gleich zweifach ein wichtiges Element für die Teilhabe aller. Zum einen haben sie die Aufgabe, ganz unmittelbar den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Angelegenheiten in ihrem unmittelbaren Umfeld zu sichern. Zum anderen entscheidet die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge hier vor Ort darüber, ob alle Menschen in Sachsen-Anhalt unabhängig von ihrem sozialen Status ihre Vorstellungen einbringen und ihre Chancen nutzen können.

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

Die fatale Losung vom schlanken Staat, der die meisten Lebensbereiche dem Markt überlässt und seine eigenen Ressourcen und Kompetenzen immer weiter beschneidet, hat gerade in den Kommunen deutliche Spuren hinterlassen. Oft fehlen die notwendigen Mittel, um die öffentliche Daseinsvorsorge für alle Menschen zu garantieren. Demokratische Entscheidungsprozesse werden nicht selten sinnentleert, wenn es praktisch nichts mehr zu entscheiden gibt, weil die Kassen leer sind und das Eigentum verkauft ist. Viele Gemeinden, vor allem im ländlichen Raum, haben darüber hinaus Angst, in eine Abwärtsspirale aus Abwanderung, Kaufkraftverlust, Überalterung und Verlust von Wirtschaftskraft gezogen zu werden. DIE LINKE nimmt diese Probleme ernst.

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

587

588

Wir wollen uns in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass die Landeszuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt wenigstens wieder auf das Niveau der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 1,7 Milliarden Euro angehoben werden. Damit sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, trotz der radikalen Einnahmeverluste in Folge der Wirtschaftskrise und einer verfehlten Steuerpolitik die Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren zu erhalten. Wir wissen, dass eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen durch das Land in etwa bei zwei Milliarden Euro liegen würde. Eine solche Summe kann das Land jedoch erst dann den Kommunen erstatten, wenn auf der Bundesebene eine verbesserte Einnahmesituation der Länder durchgesetzt wird. DIE LINKE hat in ihrem Steuerkonzept für den Bund Vorschläge erarbeitet, die die Abhängigkeit der Kommunen von den Landeszuweisungen stark reduzieren würde.

589

590

591

592

593

594

595

596

597

Die wirtschaftliche Basis der Gemeinden und Landkreise durch eigene kommunale Wirtschaftsunternehmen muss gestärkt werden. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten weder Benachteiligung noch besondere Vorteile erfahren, sie sollen gleichberechtigt am Markt agieren können. Die öffentliche Auftragsvergabe soll künftig mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation kommunaler und privater Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung von regionalen Wirtschaftskreisläufen erfolgen. Unverzichtbare Träger dieser Prozesse sind die Sparkassen der Kreise und

598 kreisfreien Städte. Das Gemeindegewirtschaftsrecht ist unverzüglich diesen Anforderungen
599 anzupassen.

600

601 Keine Region darf von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten werden. Deshalb
602 ist es wichtig, die fünf Planungsregionen des Landes (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg,
603 Halle) zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Entwicklungspotenziale
604 zu entfalten. Dazu müssen jedoch in allen fünf Regionen starke Oberzentren existieren.
605 Dies bedeutet, dass zum einen endlich die drei kreisfreien Städte Halle, Magdeburg und
606 Dessau-Roßlau im Finanzausgleichgesetz gleichwertig und dass darüber hinaus auch die
607 beiden kreisangehörigen Städte Halberstadt und Stendal finanziell und in der
608 Landesplanung wie Oberzentren behandelt werden müssen. Das Rückgrat der öffentlichen
609 Daseinsvorsorge sollen nach unseren Vorstellungen 24 Mittelzentren in Sachsen-Anhalt
610 sein. Diese müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle und infrastrukturelle
611 Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos
612 mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen des Landes
613 Sachsen-Anhalt, die besonders stark von Bevölkerungsverlust betroffen sind, verlässliche
614 Zentren bilden. In den neu entstandenen Verbands- und Einheitsgemeinden sollen die
615 Menschen eigenständig über die örtliche Verteilung der Daseinsfunktionen entscheiden
616 können. Deshalb ergibt die zentrale Ausweisung von Grundzentren aus unserer Sicht in
617 Zukunft keinen Sinn mehr.

618

619 Teilhabe für alle bedeutet für uns nicht nur die Gewährleistung der öffentlichen
620 Daseinsvorsorge, sondern auch die Möglichkeit für alle, an den kommunalen
621 Entscheidungen mitzuwirken. Das bedeutet auch die Arbeitsmöglichkeiten der
622 ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu verbessern, um
623 zu verhindern, dass auch diese Mitwirkungsmöglichkeit durch die eigene soziale Situation
624 beschnitten wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der direkten
625 Bürgerbeteiligung in den Kommunen ein. Das betrifft sowohl die Verbesserung der
626 Möglichkeiten von Bürgerentscheiden als auch die Anwendung von Instrumenten wie den
627 Bürgerhaushalt.

628

629

630

Über Bildung mehr vor Ort entscheiden – Jugendarbeit langfristig sichern

631

632

633 Die kommunalen Kompetenzen in Bezug auf Bildung sollen deutlich gestärkt werden. Wir
634 wollen dazu anregen, viele Akteurinnen und Akteure in wirksamen Netzwerken für Bildung,
635 in regionalen Bildungslandschaften zusammenzuführen. Neben der Erhöhung der
636 Attraktivität der Städte und Gemeinden sowie der Bildungsqualität vor allem an den
637 Schulen sollen auf diesem Wege regionale Ressourcen für Bildung erschlossen und
638 effektiver genutzt werden. Den Landkreisen und kreisfreien Städten müssen wichtige
639 Entscheidungskompetenzen in der Schulentwicklungsplanung übertragen werden. Die
640 demokratischen Vertretungskörperschaften der Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit
641 den Schulbehörden erweiterte Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Schulformen, zur
642 Zusammenfassung und Kooperation von Schulen untereinander und mit anderen Bildungs-,
643 Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie für regional spezifische Angebote im
644 schulischen Bereich erhalten. An allen Sekundarschulen sollen Ganztagsangebote
645 entwickelt werden.

646

647 Thematisch breit gefächerte Angebote der Jugend- und Erwachsenenbildung, der
648 kulturellen und sportlichen Bildung in den Städten und Gemeinden müssen weiter
649 gefördert werden. Es sind neue Ideen gefragt, dass auch auf dem Lande und in kleineren
650 Städten diese Angebote für Jung und Alt gut erreichbar sind. Die Palette reicht von der
651 kulturellen Bildung im Gemeindehaus bis zur Seniorenuniversität. Anregungen sich zu
652 bilden und geeignete Möglichkeiten dazu zu finden – diese Faktoren erlangen über den
653 gesamten Lebensbogen wachsende Bedeutung für Lebensqualität, Demokratie, kulturelle
654 Entwicklung und beruflichen Erfolg.

655

656 Jugendarbeit knüpft an den Interessen junger Menschen an, sie wird von ihnen
657 mitgestaltet und ist damit wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Partizipation. Für die
658 Jugendarbeit auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ist der weitere Erhalt der
659 Landesprogramme Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm wichtige Voraussetzung –
660 dafür setzt sich DIE LINKE ein. Die auf Landesebene überregional tätigen Jugendverbände
661 werden auch weiterhin wichtige Partner sein. Ziel linker Landespolitik ist es deshalb, den
662 Jugendverbänden eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsgrundlage zu garantieren.

663

664

665

Zugang zum schnellen Internet überall ermöglichen

666

667 Leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch sind
668 aus Sicht der LINKEN Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie sind nicht weniger
669 bedeutend als Straßen und Schienen oder als Gas-, Wasser- und Stromverteilernetze. Vom
670 Standortnachteil eines fehlenden schnellen Internetzugangs sind keineswegs nur die
671 ländlichen Regionen betroffen. Auch in den Ballungszentren und im Umland gibt es noch
672 genügend „weiße Flecken“. Die Netzinfrastruktur darf jedoch nicht mit Steuergeldern
673 ausgebaut werden, um anschließend allein den Gewinninteressen von privaten
674 Unternehmen überlassen zu bleiben.

675

676

677

Ein solidarisches Kulturfördergesetz auf den Weg bringen

678

679

680 Sachsen-Anhalt ist reich an kulturellen Schätzen aus seiner Geschichte und Gegenwart. Zu
681 ihnen zählen bedeutende Baudenkmale wie vielfältige weitere Zeugnisse weltlichen und
682 geistlichen kulturellen Schaffens, Zeugnisse des Ringens der Menschen um Demokratie
683 und Freiheit und eine breit gefächerte Landschaft von Theatern, Orchestern, Museen,
684 Bibliotheken, Galerien und weiteren Orten kulturellen und musischen Lebens. Diesen
685 kulturellen Reichtum gilt es zu erhalten, zu pflegen und zu mehren.

686

687 Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, dass jede und jeder und im besondern Maße
688 die junge Generation daran partizipieren können. Dies ist im Sinne eines humanistischen
689 Bildungsideals unverzichtbar, zugleich aber auch ein wichtiger Quell von Kreativität,
690 gesellschaftlichem und kulturellem Engagement. Gerade kulturelle Einrichtungen können
691 einen unschätzbaren Beitrag leisten für die Entwicklung einer demokratischen und zivilen
692 Gesellschaft, in der Toleranz, Solidarität und Freiheit das Leben aller prägen.

693

694 DIE LINKE geht davon aus, dass das nur möglich bleiben wird, wenn alle gemeinsam die
695 damit verbundenen – auch erheblichen finanziellen – Aufgaben schultern und für kulturelle
696 Bildung, für kulturelles Engagement, für kulturelle Teilhabe insgesamt werben. Deshalb
697 wollen wir rechtliche Grundlagen schaffen, die kommunale Netzwerke und Kulturverbände
698 in verschiedenen Bereichen ermöglichen und in unterschiedlicher Weise fördern. Wir
699 treten dafür ein, mit Landesmitteln überregional bedeutsame Kultureinrichtungen
700 verlässlich mitzufinanzieren und so Anstrengungen verschiedener Träger, die sich zu
701 kulturellen Netzwerken verbunden haben, zu unterstützen. Darüber hinaus muss für
702 besondere Angebote im Landesinteresse, wie Theater und Orchester, die Landesförderung
703 fortgesetzt werden.

704

705 Wir wollen nachhaltige Impulse auslösen, dass in den Regionen neue Wege gefunden
706 werden, kulturelle Schätze und Angebote zu erhalten und weiter zu entwickeln. Wenn
707 Einrichtungen und Kulturstätten von Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Kommunen
708 genutzt und besucht werden, soll auch deren Finanzierung und Unterhaltung solidarisch
709 geteilt werden. Die Entstehung solcher Verbände wollen wir stärker als bisher fördern.

710

711

712

Teilhabe bedeutet sozial gerechte Mobilität

713

714 Teilhabe hängt ganz wesentlich von Mobilität ab. Das betrifft die Erreichbarkeit von
715 Kindergarten und Schule genauso wie die von Handelseinrichtungen, Ärzten und
716 Krankenhäusern. Der Zugang zu immer mehr Bereichen des öffentlichen Lebens ist von der
717 Verfügung über ein eigenes Auto abhängig. Dies ist nicht nur umweltschädlich, sondern
718 schließt in einer älter werdenden Gesellschaft immer mehr Menschen aus. Deshalb
719 müssen wir das Angebot des öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Straße als Alternative
720 sichern und darüber hinaus wichtige Angebote der Daseinsvorsorge in zumutbarer
721 Entfernung gewährleisten. All das nützt jedoch nichts, wenn Menschen mit niedrigem
722 Einkommen von der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgeschlossen werden, weil
723 sie deren Preise nicht bezahlen können.

724

725 DIE LINKE schlägt die Einführung von Sozialtickets vor, die für einkommensschwache
726 Personen einen deutlich reduzierten Fahrpreis im jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien
727 Stadt ermöglichen. Dies wird für die Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs keinen
728 finanziellen Verlust bedeuten, da über einen solchen Weg zusätzliche Fahrgäste gewonnen
729 und der Auslastungsgrad öffentlicher Verkehrsmittel verbessert werden. Wir wollen als
730 Land Sachsen-Anhalt innerhalb des geltenden ÖPNV-Gesetzes diejenigen Kommunen, die
731 ein solches Sozialticket einführen, besser bezuschussen als diejenigen, die dies nicht tun.
732 Unser Ziel ist es, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt
733 flächendeckend solche Tarife angeboten werden.

734

735

736

Gutes und sicheres Wohnen für alle

737

738 Das Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum ist einer der wichtigsten Bestandteile der
739 Daseinsvorsorge. Deswegen darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden,
740 sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor. Allerdings
741 stehen sowohl die Kommunen als auch die entsprechenden Wohnungsunternehmen häufig

742 unter starkem Druck. Entweder sollen sie durch den Verkauf von Wohnungen ihre desolate
743 Finanzsituation verbessern oder tragen hohe Belastungen, u. a. durch Leerstand auf Grund
744 des Bevölkerungsrückganges. Oftmals erscheint dann eine Privatisierung alternativlos. Um
745 das zu verhindern, wollen wir bei der Investitionsbank des Landes einen Fonds für Tilgung
746 und Zinshilfen zur Ablösung von Krediten der Wohnungsunternehmen einrichten. Darüber
747 hinaus soll hier die Möglichkeit von Liquiditätshilfen und der Bereitstellung von
748 Kreditsicherheiten geprüft werden.

749
750 Das Land muss gegenüber dem Bund auf eine langfristige Plansicherheit bei den
751 Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau Ost hinwirken. Daneben muss sich das Land für
752 die endgültige Lösung der Altschuldenproblematik beim Bund einsetzen. Sowohl für die
753 Kommunen als auch für die Wohnungsunternehmen ist es dringend erforderlich,
754 menschenwürdige Wohnverhältnisse auch für die Betroffenen von Hartz IV zu
755 gewährleisten. Deshalb treten wir für die Wiederaufstockung des Anteils des Bundes an
756 den Kosten der Unterkunft ein.

757
758 Um Fördermittel bei den Kommunen auch wirklich ankommen zu lassen, befürworten wir
759 den Einsatz von Mitteln kommunaler Gesellschaften und Zweckverbände als kommunale
760 Eigenmittel.

761 III. Standorte fördern – Öffentlichem Dienst eine Zukunft
762 geben – Mindestlöhne durchsetzen – Öffentlich geförderte
763 Beschäftigung schaffen – Erneuerbaren Energien Vorrang
764 geben

765

766

767

**Von der Unternehmensförderung
zur Standortförderung**

768

769

770 Unverzichtbar bleibt für uns als LINKE der Anspruch, eine selbst tragende wirtschaftliche
771 Entwicklung Sachsen-Anhalts in einem mittelfristigen Zeitraum zu erreichen. Vorhandene
772 regionale Differenzierungen sind als Aufforderung sowohl zur regionalen Vernetzung als
773 auch zur Definition eigenständiger Entwicklungsperspektiven zu begreifen. Das
774 produzierende Gewerbe und die modernen Agrarstrukturen sind in Sachsen-Anhalt
775 traditionell tragende Säulen einer stabilen wirtschaftlichen Infrastruktur. Die
776 wirtschaftspolitischen Ressourcen des Landes sind zielgerichteter auf den Ausbau der
777 vorhandenen Potenziale zu orientieren. Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen
778 und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche
779 wirtschaftliche Entwicklung.

780

781 Linke Wirtschaftspolitik ist mehr als nur Förderpolitik. Sie umfasst auch Ordnungspolitik,
782 Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Preispolitik sowie die Stärkung tariflicher, sozialer
783 und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen und
784 Männer und die Gewährleistung demokratischer Teilhabe in Unternehmen.

785

786 DIE LINKE fordert die Neuausrichtung der Fördermittelvergabe für einen Einstieg in den
787 sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems, um Wachstum und
788 Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Bei weniger werdenden Mitteln steht für uns im
789 Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor
790 und nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens.
791 „Leuchttürme“ sind für uns nicht die einzelnen Unternehmen, sondern gut aufgestellte
792 Regionen. Die Fördermittelvergabe sollte nicht mehr mit Blick auf die
793 betriebswirtschaftlichen Effekte eines Unternehmens, sondern auf die
794 volkswirtschaftlichen Effekte für Sachsen-Anhalt erfolgen. Neue Investitionen müssen
795 primär der Erweiterung bestehender Branchenkapazitäten und der Vertiefung der
796 regionalen Wertschöpfungsketten dienen.

797

798 Für DIE LINKE ist der Ausbau bestehender und die Entwicklung neuer Netzwerke - auch
799 über die Landesgrenzen hinaus - zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und
800 der Erhöhung der Fertigungstiefe und des Wertschöpfungsanteils in der Region sowie der
801 branchenübergreifenden Kooperation vorrangig. Wir orientieren auf den Ausbau der
802 regionalen anstatt der logistisch geprägten Wertschöpfung.

803

804 Landesmittel für Forschung und Entwicklung sind gezielter für die Entwicklung innovativer
805 Produkte der klein- und mittelständischen Wirtschaft des Landes und zur Sicherung der
806 Rohstoffbasis durch die Gewinnung neuartiger Rohstoffe auf der Basis von Biomasse und

807 Kohle sowie die Entwicklung moderner Stoffkreisläufe einzusetzen. Durch eine
808 Prioritätensetzung bei Umsetzung der Operationellen Programme EFRE (Europäischer
809 Fonds für regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) wollen wir ab 2014
810 die Förderprogramme stärker auf Beschäftigte als auf Unternehmen konzentrieren.
811 Vorgesehen ist eine Aufteilung der Mittel zu je 50 Prozent ESF und EFRE. Bei den
812 Fördermaßnahmen aus dem Landeshaushalt streben wir eine deutliche Erhöhung des
813 Anteils von zinsgünstigen Darlehen anstatt verlorener Zuschüsse an. Wir wollen die
814 erweiterte Inanspruchnahme der aus öffentlichen Mitteln gespeisten revolving Fonds
815 über die Investitionsbank befördern, bei denen die Tilgungseinnahmen in den Fonds
816 zurückfließen und sofort für die Vergabe weiterer Kredite zu Verfügung stehen.

817

818 Wir wollen eine Änderung der Kriterien für die Fördermittelvergabe hinsichtlich des
819 Zuwachses an Arbeitsplätzen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, familienfreundlicher
820 Arbeitsbedingungen und Einkommen sowie des verminderten und nachhaltigen Verbrauch
821 an Energie und Rohstoffen. Öffentliche Förderung von Unternehmen muss auch an die
822 Qualität von Arbeit, an faire Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten
823 Vollzeitstellen und die Gewährung von Rechten der ArbeitnehmerInnen, sich einen
824 Betriebsrat zu wählen, gebunden werden.

825

826 Die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates als ständiges Beratungsorgan für Parlament
827 und Regierung halten wir für eine unabdingbare Voraussetzung zur Nachhaltigkeitsprüfung
828 politischer Entscheidungen. Dazu streben wir einen industrie- und strukturpolitischen
829 Dialog mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Kommunen und regionalen
830 Wirtschaftsfördergesellschaften sowie Technologie- und Gründerzentren an.

831

832

833

Für eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne

834

835

836 Die öffentliche Hand muss einen wirksamen Beitrag dafür leisten, dass Unternehmen
837 gewinnbringende Aufträge erhalten, die Beschäftigten ordentlich bezahlt werden und der
838 Verwaltungsaufwand weiter gesenkt wird. DIE LINKE will die Vergabe von öffentlichen
839 Aufträgen an Tarifvereinbarungen oder einen Mindestlohn binden. Wir bestehen darauf: Mit
840 öffentlichen Mitteln darf kein Lohn- und Preisdumping befördert werden. Für DIE LINKE ist
841 dieses Vorgehen Voraussetzung, um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft
842 zusammenzubringen.

843

844 DIE LINKE wird ein neues Vergabegesetz für öffentliche Aufträge in den Landtag
845 einbringen. Dabei wollen wir die Erfahrungen aus Berlin und Brandenburg berücksichtigen
846 und insbesondere darauf achten, dass eine EU-konforme Tariftreuregelung geschaffen
847 wird. Das Vergabegesetz soll in den Bereichen Tariftreue, Förderung der Gleichstellung von
848 Mann und Frau, umweltverträgliche Beschaffung sowie im Bereich der Kontrollen und
849 Sanktionen verbindliche Regelungen enthalten. Insbesondere ist die Bindung an die nach
850 dem Arbeitnehmerentendengesetz fixierten Löhne zu beachten. Soweit es für bestimmte
851 Branchen keine Tarifverträge gibt oder die dort vorgesehenen Tariflöhne den Lohn von
852 8,50 Euro unterschreiten, ist eine Mindestentlohnung von 8,50 Euro pro Stunde
853 festzuschreiben. Wir sind davon überzeugt, dass ein solches Gesetz
854 Wettbewerbsverzerrungen, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen,

855 entgegenwirkt und zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme beiträgt. Damit soll ein
856 wichtiger Schritt dagegen gegangen werden, dass Unternehmen zu Lasten der
857 Sozialkassen ihre Gewinne maximieren, indem den Beschäftigten keine existenzsichernden
858 Löhne gezahlt werden und der Staat ergänzende Sozialleistungen zahlen muss. Wir werden
859 die Einführung dieses Gesetzes gemeinsam mit den Gewerkschaften, den
860 Arbeitgeberverbänden und Kammern beraten, um eine breite Akzeptanz und hohe
861 Rechtssicherheit zu gewährleisten. Die Einführung eines Vergabegesetzes für alle
862 öffentlichen Aufträge wäre eine erste Etappe auf dem Weg zu einem flächendeckenden
863 existenzsichernden Mindestlohn.

864

865

Sachsen-Anhalt als attraktiver Arbeitgeber – 1.200 zusätzliche Neueinstellungen notwendig

866

867

868 Ein gutes öffentliches Bildungswesen, die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und
869 eine gute Verwaltung sind Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an der
870 Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst.

871

872 Die Beschäftigten im Landesdienst Sachsen-Anhalt haben in den letzten 20 Jahren die
873 öffentlichen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zuverlässig erfüllt. Nunmehr steht
874 der Öffentliche Dienst vor entscheidenden Herausforderungen. Bis zum Jahr 2016 werden
875 mehr als 11.000 berufserfahrene Fachkräfte den Landesdienst altersbedingt verlassen.
876 Damit steht fest: Sachsen-Anhalt braucht in den kommenden Jahren eine große Anzahl gut
877 ausgebildeter junger Menschen. DIE LINKE weiß, dass der Bedarf an jungen Fachkräften in
878 vielen Bereichen weit höher sein wird, als Personen und auch materielle Ressourcen zur
879 Verfügung stehen.

880

881 Die jetzige Landesregierung plant in den Jahren von 2011 bis 2016 rund 4.250
882 Neueinstellungen. Diese Zahl wird nicht ausreichen, um die Leistungsfähigkeit des
883 Öffentlichen Dienstes auf gutem Niveau aufrecht zu erhalten. Über viele Jahre gab es fast
884 keine Neueinstellungen. Unter den derzeitigen demografischen, finanziellen und
885 Wettbewerbsbedingungen ist dieses Defizit nicht kurzfristig auszugleichen. DIE LINKE will
886 dennoch bis 2016 zusätzlich mindestens 1.200 Neueinstellungen realisieren.

887

888 Aktuell sind über 15.000 Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden staatlichen
889 Schulen im Dienst, fast 3.000 befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Bis
890 zum Schuljahr 2015/2016 werden über 5.000 erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen
891 aus Altersgründen den Schuldienst verlassen. Gemessen am derzeitigen Bedarf erwächst
892 bis 2016 die Notwendigkeit, Lehrkräfte in der Größenordnung von über 3.000
893 Vollzeitstellen neu einzustellen. Wenn wir Prioritäten richtig setzen und die Kapazitäten der
894 Staatlichen Seminare und an den Universitäten zügig ausbauen, könnten wir aus eigener
895 Kraft 1.700 davon realisieren können. Darüber hinaus bedarf es weiteren pädagogischen
896 Fachpersonals.

897

898 Bis zum Jahr 2016 verlassen über 1.770 Beamte den Polizeivollzugsdienst. Bei der
899 derzeitigen Ausbildungskapazität werden im gleichen Zeitraum nur rund 900 junge
900 Polizistinnen und Polizisten nachrücken. Unverzüglich muss deshalb damit begonnen
901 werden, die Ausbildungskapazität schrittweise auf 300 Plätze pro Jahrgang zu erhöhen. Ab

902 2014 sind weitere Kapazitäten zu erschließen, um die noch steigende Anzahl der
903 Altersabgänge bis 2020 wenigstens teilweise kompensieren zu können.

904

905 Unsere Hochschulen sind attraktiv. Die Zahl der Studierenden wird auch in den
906 kommenden Jahren voraussichtlich nicht deutlich unter 50.000 sinken. Aktuell studieren
907 52.000 junge Menschen in Sachsen-Anhalt. Damit liegt die Zahl der Studierenden um ca.
908 10.000 über der Kapazität, die für das jetzt existierende Hochschulpersonal berechnet
909 wurde. Deshalb ist es absolut unrealistisch, in der nächsten Legislaturperiode von einer
910 Personalreduzierung in diesem Bereich auszugehen.

911

912 Weitere inhaltliche und strukturelle Überlegungen zur Personalentwicklung sind in jedem
913 Ressort unabdingbar. DIE LINKE strebt die Übernahme aller an, die erfolgreich eine
914 Ausbildung im Landesdienst abgeschlossen haben. Sie sollen eine Perspektive haben, sei
915 es im Allgemeinen Verwaltungsdienst oder in einer spezialfachlichen Richtung. Für einen
916 Wettbewerb mit anderen Ländern und der freien Wirtschaft um kluge Köpfe ist der
917 Öffentliche Dienst auf Landesebene derzeit schlecht aufgestellt. Deshalb muss Sachsen-
918 Anhalt für die Beschäftigten und für junge Fachkräfte ein attraktiver Arbeitgeber werden.

919

920

921

Öffentlich geförderte Beschäftigung mit Mindestlohn

922

923 Die LINKE setzt sich für ein neues Leitbild in der Arbeitsmarktpolitik ein, das darauf
924 gerichtet ist, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen und die Erwerbslosigkeit
925 zu senken. Wir wollen den Einstieg in den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit
926 Mindestlohn verwirklichen, um die soziale Integration der Betroffenen und ihre
927 gesellschaftliche Teilhabe wiederherzustellen und zu sichern. Wir wollen gesellschaftlich
928 sinnvolle und notwendige Arbeit in Bereichen ermöglichen, die von der privaten Wirtschaft
929 nicht abgedeckt werden, weil die öffentliche Hand keine Finanzierungsspielräume hat oder
930 die Wirtschaft davon nicht profitiert.

931

932 DIE LINKE will in der kommenden Legislatur 5.000 Arbeitsplätze im Öffentlich geförderten
933 Beschäftigungssektor schaffen. Wir sehen Einsatzfelder im sozialen Bereich, in der
934 Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in der Landschaftspflege, im Freizeitsport, in der
935 Unterstützung der Arbeit von Vereinen und im kulturellen Bereich.

936

937 Es wird ein Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit Arbeitsstellen installiert, die
938 tariflich nicht unter einem Mindestlohn von 8,50 Euro vergütet werden. Die Beschäftigung
939 soll an das Prinzip der Freiwilligkeit gebunden werden, ArbeitnehmerInnen sollen nicht
940 zugewiesen werden. Es werden Beschäftigungsverhältnisse begründet, die außerhalb von
941 Hartz-IV sozialversicherungspflichtig und langfristig bis zu einer Laufzeit von drei Jahren
942 angelegt sind. Die Beschäftigung soll klar auf gemeinnützige Aufgaben beschränkt sein und
943 darf keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ersetzen. Dabei streben wir bei der
944 Einführung des Projektes eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Trägern
945 sowie den ARGEN und Optionskommunen an

946

947 Wir wollen dabei dem Grundsatz folgen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und
948 Chancen für Menschen eröffnen, die nur geringe Aussichten haben, eine Beschäftigung auf

949 dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, und für die von längerfristigen Transferleistungen
950 ausgegangen werden muss.

951

952

953

Vorrang für erneuerbare Energie

954

955 DIE LINKE betrachtet Energie- und Klimaschutzpolitik als eine Einheit. Bei jeder
956 energiepolitischen Entscheidung sind die klimarelevanten Aspekte umfassend mit
957 einzubeziehen. Wir betrachten die dringend notwendige Steigerung der Energieeffizienz
958 und das Energiesparen als Herausforderung für innovatives Denken und Handeln in jedem
959 Bereich des gesellschaftlichen und privaten Lebens. Vorrang für erneuerbare Energien zu
960 schaffen heißt, regionale Kreisläufe und dezentrale Lösungen verstärkt zu entwickeln und
961 auszubauen.

962

963 DIE LINKE steht für die Festlegung konkreter Ziele für den Klimagasausstoß, den Ausbau
964 der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz für das Jahr 2020. Wir
965 wollen mit unserem Handeln eine Senkung der kraftwerkseitigen Kohlendioxidemissionen
966 im Strom- und Wärmesektor um mindestens zehn Prozent gegenüber 2010 und eine
967 Steigerung des Anteils von Strom- und Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien
968 auf mindestens 50 Prozent erreichen. Wir wollen in der kommenden Legislatur eine
969 Energie- und Klimaschutz-Agentur im Land einrichten. Hier sollen diese Ziele überwacht,
970 Beratung geleistet sowie Kommunikation, Vermittlung von Erfahrungen sowie
971 Kooperationen gebündelt werden.

972

973 Neben dem Pilotprojekt Harz sollen weitere Projekte für virtuelle Kraftwerke und zur
974 Stromspeicherung begonnen werden. Die Nutzung von Tagebaurestlöchern als mögliche
975 Pumpspeicherreservoir ist zu prüfen. Ländliche, gering besiedelte Gebiete halten wir für
976 besonders geeignet, um dezentrale Energiesysteme mit einem sehr hohen Grad der
977 Eigenerzeugung zu realisieren.

978

979 Die Windenergie trägt den höchsten Anteil an erneuerbarer Energie. Als Flächenausbauziel
980 für die Errichtung von Windkraftanlagen soll langfristig ein Prozent der Landesfläche
981 festgeschrieben werden. Geeignete Flächen für Photovoltaik-Anlagen wollen wir in einem
982 landesweiten Kataster erfassen und zur Nutzung öffentlich ausschreiben. Die energetische
983 Biomassenutzung betrachten wir als Ergänzung der Nahrungsgüterproduktion, die auf der
984 verstärkten Nutzung der Rest- und Abfallstoffe basiert. Die Nutzungsmöglichkeiten tiefer
985 Geothermie sollen durch das Land geprüft und ihre Anwendung gegebenenfalls vorbereitet
986 werden.

987

988 Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz nicht nur für
989 Neubauten, sondern auch für Bestandsbauten wirksam wird. Wir wollen solche
990 Rahmenbedingungen schaffen, dass der Umbau der Leitungsnetzstruktur entsprechend
991 den Erfordernissen der erneuerbaren Energien vorgenommen wird.

992

993

994

Entwicklung der ländlichen Räume

995

996 DIE LINKE will den Anbau, die Verarbeitung und die regionale Vermarktung
997 landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Ernährungswirtschaft mit besonderer Priorität
998 fördern. Es geht uns um die Entwicklung der ländlichen Räume durch die Stärkung der
999 Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler Wirtschafts- und
1000 Stoffkreisläufe sowie einer ökologisch und bedarfsgerecht ausgerichteten Produktion.

1001

1002 Die Produktion, Vermarktung und vorwiegend eigenbetriebliche sowie regionale Nutzung
1003 von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern sowie Abprodukten der land- und
1004 forstwirtschaftlichen Produktion soll zielgerichtet für die Schaffung weiterer Existenzen
1005 und Arbeitsplätze im ländlichen Raum genutzt werden. Die Stellung der Landwirte am
1006 Markt muss gestärkt werden, um der Marktmacht der Nahrungsgüterkonzerne und
1007 Handelsketten entgegenzuwirken. Dazu wollen wir die Förderung regionaler Verarbeitungs-
1008 und Vermarktungsstandorte gezielt entwickeln. Eine zunehmende Konzentrationen im
1009 Bereich der Produktion und Verarbeitung halten wir für kontraproduktiv gegenüber der
1010 regionalen Entwicklung. Die Genehmigungsverfahren hinsichtlich zugelassener
1011 Betriebsgrößen und Auswirkungen auf die lokalen Unternehmen müssen überprüft werden.

1012

1013 Wir stehen für die Stärkung der Direktvermarktung in der Land-, Forst und
1014 Nahrungsgüterwirtschaft Sachsen-Anhalts unter Beachtung einer standortgerechten
1015 Produktion, Förderung von Kooperationen und der Zusammenarbeit der Direktvermarkter
1016 vor Ort.

1017

1018 Die Förderung des Anbaus und der regionalen Verarbeitung von nachwachsenden
1019 Rohstoffen und Energieträgern sowie von Abprodukten der land- und forstwirtschaftlichen
1020 Produktion betrachten wir als wesentliche Grundlage zur Sicherung der Rohstoffbasis der
1021 einheimischen Wirtschaft.

1022

1023 Zum Schutz des Waldes als wesentlichem Bestandteil der uns umgebenden Natur und für
1024 eine nachhaltige Bewirtschaftung favorisieren wir eine integrierte Forstwirtschaft.

1025

1026 Sanfter Tourismus im ländlichen Raum ist durch das Bewahren und den Schutz einer
1027 intakten Natur und Kulturlandschaft sowie durch ein regionales bzw. ortsspezifisches
1028 Angebot von Produkten und Leistungen aus der Land- und Ernährungswirtschaft und
1029 anderen Bereichen des ländlichen Raumes zu gestalten.

1030

1031 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Landeskompetenzzentrum für ländliche Räume gebildet
1032 wird, das vorrangig der Vermittlung von Erfahrungen und der gezielten Beratung der
1033 Akteure vor Ort für die regionale Entwicklung dient.

1034 IV. Demokratie stärken – Bürgerrechte schützen

1035

1036

1037

1038

1039

Öffentliche Sicherheit und die Wahrung der Grundrechte gehören zusammen

1040

1041

1042

1043

1044

1045

1046

1047

1048

1049

1050

1051

1052

In den letzten Jahren wurde die Sorge der Menschen um die öffentliche Sicherheit oftmals dazu benutzt, Grund- und Freiheitsrechte massiv einzuschränken. Damit wollte man die Menschen glauben machen, dass dies der richtige Weg sei, ihre Sicherheit zu garantieren. Insbesondere wenden wir uns gegen die Informations-Sammelwut der CDU-geführten Bundesregierungen der letzten Jahre. Ein mündiger Bürger ist nur derjenige, der weiß, was der Staat oder auch der private Arbeitgeber über ihn weiß. Diese Grundlage des demokratischen Rechtsstaates wird jedoch permanent ausgehöhlt. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Recht der informationellen Selbstbestimmung sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber dem Arbeitgeber deutlich zu stärken. Dies betrifft auch das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Land Sachsen-Anhalt. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse müssen dann in Frage gestellt werden, wenn der Eingriff in die Grundrechte, der damit verbunden ist, nicht gerechtfertigt ist.

1053

1054

1055

1056

1057

1058

1059

1060

1061

DIE LINKE setzt sich für eine flächendeckende Polizeipräsenz und gegen eine flächendeckende Videoüberwachung ein, die die öffentliche Sicherheit nicht garantiert, aber das Gefühl der permanenten Überwachung vermittelt. Um statt Videokameras Polizistinnen und Polizisten auf der Straße zu haben, brauchen wir neben der Erhöhung von Ausbildungskapazitäten auch die Optimierung polizeilicher Strukturen, um die Effizienz des Polizeivollzuges zu sichern. Revierpolizistinnen und -polizisten sowie Polizeikontaktbeamte als unmittelbare Ansprechpartner erhöhen das objektive und subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen und beugen Straftaten vor.

1062

1063

1064

1065

1066

1067

DIE LINKE sieht in der Ausweitung der Rasterfahndung eine Bedrohung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung. Deshalb betrachten wir dieses Instrument nur als Ultima Ratio wirklicher Ausnahmesituationen. Wir fordern mindestens ihre richterliche Anordnung und eine wirkliche Abwägung des potenziellen Nutzens einerseits und der Einschränkung von Freiheitsrechten andererseits.

1068

1069

1070

1071

1072

Aus unserer Sicht schränkt das aktuelle Versammlungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit unzulässig ein. Aus diesem Grund ist eine Änderung dieses Gesetzes mit dem Ziel der Aufhebung des festgeschriebenen Versammlungsverbotens an bestimmten Tagen und Orten unabdingbar.

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079

1080

1081

Wir setzen uns für die Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeibeamter im Dienst ein. DIE LINKE unterstützt die Einrichtung einer Beschwerdestelle Polizei außerhalb des klassischen Dienstweges, räumlich und personell getrennt vom Innenministerium. Sie soll sowohl für Angehörige der Polizei offen stehen als auch Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger sein.

1082
1083
1084
1085
1086
1087
1088
1089
1090
1091
1092
1093
1094
1095
1096
1097
1098
1099
1100
1101
1102
1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129

Integration statt Ausgrenzung – Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten

Die Verfassungen – im Land und im Bund – garantieren allen Menschen die Unantastbarkeit ihrer Würde. Dennoch gibt es erhebliche Unterschiede in der Praxis und alltäglichen Lebenswelt. Demokratie darf nicht nur Theorie bleiben, sondern muss praktisch erlebt werden können.

Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind, um hier Sicherheit und Perspektive zu finden, sind weitreichenden gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Diese Einschränkungen verstärken die Diskriminierungen, mit denen Ausländerinnen und Ausländer konfrontiert sind. Das Landesaufnahmegesetz schreibt Flüchtlingen die Unterbringung in Sammelunterkünften vor. Diese Unterkünfte isolieren Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in den meisten Fällen in Gebieten mit schlechter Infrastruktur und bedenklicher Sicherheitslage. Die so genannte Residenzpflicht untersagt zudem Menschen im Status des Asylverfahrens oder der Duldung, den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Verlassenserteilungen, um dies doch zu tun, sind bisher meist gebührenpflichtig. Verstöße gegen die Residenzpflicht haben im Wiederholungsfall strafrechtliche Konsequenzen.

Die LINKE lehnt ein Strafrecht ab, das nur Nichtdeutsche treffen kann. Die entsprechenden Personenkontrollen auf Bahnhöfen und Flughäfen sind eindeutig mit optischen Merkmalen verknüpft. Soziale Ausgrenzung darf nicht noch durch politische Ausgrenzung sekundiert werden. Im Einklang mit bundesweiten Initiativen fordern wir das Ende der Residenzpflicht. Wir streben eine Veränderung der Bundesgesetzgebung an. Bis zu dieser Möglichkeit setzen wir uns für jede praktische Verbesserungen ein, für die prinzipielle Gebührenfreiheit und die Genehmigung von Sammelerteilungen für die wiederholte Möglichkeit, sich innerhalb Sachsen-Anhalts und Deutschlands frei zu bewegen. Integration von Menschen setzt voraus, dass diese selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil einer Gesellschaft sind. Im Landesaufnahmegesetz muss der Vorrang der Sammelunterbringung zugunsten der Unterbringung in Wohnungen gestrichen werden. Da dies in der Regel wirtschaftlicher ist, kommt es hier allein auf den politischen Willen an.

Für Menschen mit jahrelangen Kettenduldungen wurde 2009 die „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ um weitere zwei Jahre verlängert. Die Regelung schließt aber durch die Stichtagsregelung (1. Juli 1999) Flüchtlinge aus, die erst danach nach Deutschland geflohen sind. Wir fordern die Abschaffung der Dauerduldung, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst leben müssen, aus ihrer derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.

Sachsen-Anhalt ist seit Jahren Schwerpunktregion rechter Gewalt. Alltagsrassismus, Antisemitismus, Hass auf politische oder vermeintliche Gegner, Großmacht- und Kontrollfantasien bedrohen Menschen in ganz unterschiedlichen Situationen. Auch in unserem Bundesland arbeitet die parteiungebundene extreme Rechte mit der NPD zusammen und versucht, öffentlichkeitswirksam zu agieren. Gleichwohl ist die Sensibilisierung für diese Probleme gestiegen und viele Menschen engagieren sich gegen rechte Umtriebe, z. B. in Bürgerbündnissen, Schulinitiativen und in der Stadtteilarbeit. Das von der Landesregierung initiierte Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-

1130 Anhalt umfasst mittlerweile rund 230 Projektpartner. Der Beratungsbedarf von
1131 kommunalen, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren durch Fachträger,
1132 Expertinnen und Experten ist hoch. Hilfen für Opfer rechter Gewalt werden flächendeckend
1133 in allen Regionen in Sachsen-Anhalt benötigt, Beratungsstellen müssen ausgebaut werden.
1134 Bundesprogramme wie „Vielfalt tut gut“ sicherten zusammen mit Landesmitteln die
1135 bisherige Arbeit finanziell und organisatorisch ab. Mit dem Auslaufen der Förderphase
1136 2007 bis 2011 ist die Weiterführung und Ausweitung der Beratungsnetzwerke, der Lokalen
1137 Aktionspläne und der pädagogischen Modellprojekte bundesweit wieder im Ungewissen.
1138 Statt den Trägern Planungssicherheit zu verschaffen, irritiert seit Monaten eine
1139 parteipolitisch motivierte Extremismuskommunikation mit entsprechenden
1140 Förderentscheidungen die Öffentlichkeit. DIE LINKE will mit einem Landesprogramm für
1141 ein demokratisches Gemeinwesen diese wichtige und anspruchsvolle Arbeit dauerhaft
1142 sichern und die Verantwortlichkeit des Landes einfordern. Der Bund bleibt dennoch
1143 unerlässlich in der Pflicht, die vielfältige Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus
1144 und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen und zu begleiten.

1145 V. Demokratisierung der Haushaltspolitik – mit 1146 Verschuldung verantwortungsbewusst umgehen

1147

1148

1149 Für DIE LINKE sind stabile öffentliche Haushalte eine wichtige politische Zielgröße.
1150 Angesichts der tief greifenden Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden mit zusätzlichen
1151 politisch gewollten Einnahmeverlusten der öffentlichen Haushalte ist dieses Ziel eine große
1152 Herausforderung und nicht von einem Land allein zu leisten. Die entscheidenden
1153 Weichenstellungen müssen auf Bundesebene passieren. Und doch muss auch auf
1154 Landesebene ein Haushalt erarbeitet werden, der sich nicht aus der sozialen
1155 Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger stiehlt und sich darüber hinaus einer
1156 weitgehenden Verantwortung für die Kommunen stellt. Wegen sinkender Einnahmen wird
1157 es auch künftig ein Schwerpunkt der Arbeit der LINKEN sein, mit größtmöglicher
1158 Transparenz und unter breiter öffentlicher Debatte die Aufgaben des Staates
1159 herauszuarbeiten, die für die Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden müssen und welcher
1160 Preis dafür zu zahlen ist.

1161

1162 Immer wieder müssen wir alle Aufgaben des Haushaltes einer radikalen und kritischen
1163 Überprüfung unterziehen. Nachhaltigkeit muss ein entscheidendes Kriterium für
1164 Investitionen und die Vergabe von Fördermitteln sein. Auf den Prüfstand müssen auch die
1165 Landesbeteiligungen und die Landesbetriebe.

1166

1167 DIE LINKE hat sich wiederholt für eine Demokratisierung von Haushaltspolitik eingesetzt.
1168 Mit dem Landeshaushalt wird über die Belange vieler Menschen, von Kommunen,
1169 Institutionen, Vereinen und Verbänden entschieden. Darum ist es notwendig, dass diese
1170 Entscheidungen mit ihnen erarbeitet werden, auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden
1171 können. Ein Grundansatz unserer Politik war und ist, Entscheidungen möglichst weit nach
1172 unten zu verlagern, Aufgaben die vor Ort erfüllt werden können, sollen auch dort erfüllt
1173 werden. Aus der letzten, gescheiterten Funktionalreform wissen wir, dass man dazu einen
1174 langen Atem braucht und vor allem Partner in der Verwaltung im Land aber auch in den
1175 Kommunen.

1176

1177 Auch als LINKE können wir das Problem der Verschuldung des Landes und seiner
1178 Kommunen nicht ignorieren. Einerseits wurde uns durch die Föderalismuskommission II
1179 ein Verbot der Nettoneuverschuldung bei gleichzeitigem Abbau der Schulden durch eine
1180 entsprechende Änderung des Grundgesetzes aufgezwungen. Damit wurde sowohl den
1181 Landespolitikern abgesprochen, dass sie verantwortungsbewusst mit den Steuergeldern
1182 der Bürgerinnen und Bürger umgehen, als auch der Politik jeglicher Gestaltungsraum
1183 genommen. Andererseits beschränken auch die Schulden selbst den Spielraum von Land
1184 und Kommunen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich wiederholt mit dieser Problematik
1185 auseinandergesetzt und letztlich zu dem Grundsatz bekannt, dass um
1186 Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung und
1187 von Stabilität des Landes in Zeiten der Krise eine moderate Schuldenaufnahme zu
1188 verantworten ist. Die dadurch zur Verfügung stehenden Mittel sollten aber auf der
1189 Grundlage klarer Kriterien wie Zukunftsfähigkeit, Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und
1190 Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden.